

FREIE BAUERN



Arbeit, die vor uns liegt / Kritik an Aufgabenübertragung an Bauernverband / Forderung nach Reduzierung der Milchanlieferung um 10 Prozent / Zweifel an Corona-Maßnahmen / 60. Jahrestag der Zwangskollektivierung / Vorschlag für Kappung und Ortsansässigkeit in der GAP / Erstaunen über Insekten an der Windschutzscheibe / Hinterfragung der Wirksamkeit von Insektenschutzprogramm / Widerstand gegen Düngeverordnung 2020 geht weiter / Forderung nach 8000 Grundwassermessstellen für Deutschland / Ablehnung von Plänen für erneute Dürrehilfe / Teilerfolg durch Einigung bei BHV1-Tötungsanordnung in Aachen / Warnung vor starren Vorgaben in der Sauenhaltung / Renate Künast im Strudel der Pandemien / Farm-to-Fork-Strategie muss Erzeugern und Verbrauchern dienen / Svenja Schulze schadet dem Natur- und Umweltschutz / Distanzierung von Landvolkfahne unbegründet.

FREIE BAUERN Deutschland

Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe
Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze OT Lennewitz
Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201
kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm
Stellvertretender Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen
Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzhausen OT Ziegenhagen
Weiteres Mitglied: Peter Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipfheim

Bundesgeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:
Reinhard Jung, Telefon 038791-80200, reinhard.jung@freiebauern.de
Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:
Antje Bree, Telefon 0173-6264951, antje.bree@freiebauern.de
Referentin für Fachthemen und Kommunikation:
Frieda Simon, Telefon 0174- 1801177, frieda.simon@freiebauern.de

Landesvertretung FREIE BAUERN Brandenburg (Vorstand Bauernbund Brandenburg):

Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Thomas Kiesel, 16845 Wusterhausen/Dosse OT Barsikow
Ulf Simon, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch
Jens Gerloff, 16866 Kyritz OT Ganz
Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow
Manfred Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue
Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue
Dirk Schulze, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim
Carlo Horn, 15537 Grünheide OT Kagel
Christoph Schilka, 03096 Guhrow
Marcus Schilka, 03096 Guhrow
Frank Michelchen, 15910 Unterspreewald OT Leibsch
Max Kirsten, 04916 Kremtzaue OT Polzen
Reinhard Benke, 14806 Planetal OT Mörz

Arbeit, die vor uns liegt

Liebe Berufskollegen,

wenn eine neue Berufsorganisation der Bauern keine zwei Monate nach ihrer Gründung bereits ein halbseitiges Interview in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und einen Termin mit Julia Klöckner hat, könnte man fast von einem gelungenen Start sprechen. Trotz Corona haben wir wie geplant im April unsere Arbeit als deutschlandweite Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe aufgenommen, und dieser Rundbrief bietet einen Überblick über die vielfältigen Aktivitäten, mit denen wir seitdem versucht haben, unsere Anliegen in Politik und Gesellschaft zu tragen.



Demgegenüber müssen wir nüchtern feststellen, dass der erwartete Zuspruch aus dem Berufsstand bisher eher dürrtig ausgefallen ist. Drei Monate nach Gründung sind wir von 1040 Mitgliedern auf gerade mal 1110 Mitglieder gewachsen. Das ist schon ein bisschen enttäuschend, da hatten wir uns ehrlich gesagt mehr erhofft. Andererseits stehen die FREIEN BAUERN grundsolide da – wir machen nichts, was wir uns nicht finanziell leisten können, und arbeiten mit guten Leuten hocheffizient. Das unter anderem haben wir unserer Konkurrenz voraus. Unsere Eintragung ins Handelsregister ist Mitte Juni erfolgt, jetzt haben wir auch eine Steuernummer und können die Beitragsrechnungen rausschicken. In Deutschland gibt es, erstmals seit 30 Jahren, eine Interessenvertretung nur für unsere bäuerlichen Familienbetriebe, unabhängig von Politik und Industrie: das ist eine Marktlücke, und ich bin nach wie vor überzeugt davon, dass wir mit diesem Angebot noch sehr viele Berufskollegen gewinnen werden.

Was hatten wir denn gedacht, als wir uns in den Trecker gesetzt haben und losgefahren sind? Dass wir mit unseren Forderungen überall offene Türen einrennen? Nein, die Koalition aus industriellen Export-Interessen und ideologischen Extensiv-Phantasien hat sich bequem eingerichtet im politischen Tagesgeschäft, während unsere „Bauernvertreter“ hauptsächlich damit beschäftigt waren, ihre eigenen Karrieren und Pfründe zu sichern. Hier eine Bresche zu schlagen, damit wir erstmal wieder wahrgenommen und dann hoffentlich auch wieder berücksichtigt werden, ist mit harter Arbeit verbunden. Unsere Gespräche mit der SPD-Europaabgeordneten Maria Noichl, der FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg, dem brandenburgischen grünen Landwirtschaftsminister Axel Vogel, dem niedersächsischen SPD-Umweltminister Olaf Lies, dem AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Protschka oder eben mit Julia Klöckner und ihrem Staatssekretär Uwe Feiler, beide CDU, waren nur erste Schritte auf einem langen Weg.

Vor den FREIEN BAUERN liegt noch viel Arbeit, aber wenn wir Bauern etwas gut können, dann ist das arbeiten. Deshalb bin ich trotz aller Anfechtungen guten Mutes. In den nächsten Monaten wollen wir vor allem in den Bundesländern außerhalb Brandenburgs funktionierende Arbeitsstrukturen schaffen. Freiwillige dürfen sich gern melden. Das Foto auf der Titelseite zeigt eine Milchviehherde in Ostfriesland, wo wir sehr gute Freunde gefunden und uns gemeinsam einiges vorgenommen haben. Aber davon mehr im nächsten Heft. Für heute wünsche ich Euch viel Freude beim Lesen dieses Rundbriefs, ein paar ruhige Tage, bevor es richtig losgeht, und uns allen dann eine gute Ernte. Wir können sie gebrauchen.

Euer Alfons

Wenn später mal einer fragt, wann die FREIEN BAUERN gegründet wurden, wird man wahrscheinlich die Antwort geben „zu Corona-Zeiten“. Tatsächlich werden öffentliche Angst und Notstandsregime nicht so schnell in Vergessenheit geraten. Dass sie bei uns keinen Freudentaumel über die wieder gefundene „Systemrelevanz“ auslösen konnten, hängt vielleicht damit zusammen, dass der bäuerliche Berufsstand mit der BSE-Hysterie vor zwanzig Jahren schon einmal durchlebt hat, wie Politik, Medien und Wissenschaft angesichts einer diffusen Bedrohung mit völlig überzogenen Maßnahmen weitaus mehr kaputt gemacht haben als es die Krankheit je vermocht hätte. Nach anfänglicher Konzentration auf die agrarpolitischen Auswüchse der Krise, insbesondere zum Thema Milchmarkt, sahen wir uns schließlich sogar veranlasst, unseren thematischen Wirkungskreis zu verlassen und den Lockdown grundsätzlich in Frage zu stellen. Bäuerliche Interessenvertretung – unser Geschäftsmodell – funktioniert nunmal nur in einer freiheitlichen Demokratie. Reichsnährstand können andere besser ...

FREIE BAUERN kritisieren Aufgabenübertragung an Bauernverband

(03.04.20) Die FREIEN BAUERN haben die Einreiseerlaubnis für Saisonarbeitskräfte begrüßt, zugleich aber die im Konzept der Bundesregierung vorgesehene Abwicklung über den Bauernverband abgelehnt. „Listenerfassung und Gesundheitskontrolle sind Staatsaufgaben und können nicht an eine privatrechtliche Organisation übertragen werden“, kritisierte der Bundessprecher der FREIEN BAUERN Alfons Wollff, Landwirt aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt: „Im Augenblick geht es doch darum, die Ernten zu sichern. Je mehr Beteiligte in dem Verfahren, desto komplizierter und anfälliger wird es.“

Mit ihrer Einbindung des Bauernverbandes stattete die Bundesregierung eine Organisation mit einer Machtfülle aus, die in der Landwirtschaft höchst umstritten sei, argumentiert Wolff: „Spätestens die Demonstrationen im Herbst und Winter haben gezeigt, dass der Bauernverband nicht für alle Bauern spricht.“ Die FREIEN BAUERN befürchten nun, dass die eigenen Mitglieder durch den konkurrierenden Verband bei der Zuteilung von Saisonarbeitskräften benachteiligt werden könnten. Wolff: „Die Bundesregierung darf hoheitliche Aufgaben nicht nach agrarpolischem Wohlverhalten vergeben.“

FREIE BAUERN verlangen Reduzierung der Milchanlieferung um 10 Prozent

(06.04.20) Die FREIEN BAUERN haben in einem Schreiben an Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner eine einzelbetriebliche verbindliche Reduzierung der Milchanlieferung um zehn Prozent auf EU-Ebene vorgeschlagen. „Bei der Corona-Krise handelt es sich um eine schwere Marktstörung“, begründet Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN seine Initiative: „Die Nachfrage aus dem Ausland ist teilweise zum Erliegen gekommen, die Abnahme durch Großverbraucher wie die Gastronomie ist schon jetzt erheblich beeinträchtigt, gleichzeitig steigt die Liefermenge saisonal an.“ Wenn nicht entschlossen gegengesteuert werde, drohe ein dramatischer Preissturz, die Aufgabe zahlreicher Milchviehbetriebe – und damit am Ende eine echte Versorgungslücke in Deutschland, so der 54-jährige Milchviehhalter aus Vorderhagen in Mecklenburg-Vorpommern.

Strikt wandte sich Guhl gegen die vom Deutschen Bauernverband geforderte staatliche Bezuschussung von privater Lagerhaltung zur Stützung der Milchpreise: „Aus der Vergangenheit wissen wir, dass mit dieser Maßnahme nur Vorräte der Molkereien subventioniert werden, die in den darauffolgenden Jahren für einen niedrigen Milchpreis sorgen.“ Statt öffentliche Gelder in Milchpulvertürme zu versenken, plädieren die FREIEN BAUERN in der gegenwärtigen Notsituation für einen klaren und für alle Betriebe

gerechten Schnitt, um das Marktgleichgewicht wiederherzustellen. Guhl: „Der zehnjährige Abzug sollte sich am Vorjahresmonat orientieren, unbefristet sein und erst dann aufgehoben werden, wenn Verarbeitung und Vermarktung wieder gesichert sind.“

FREIE BAUERN appellieren an Julia Klöckner: Milchmenge runter statt Milchpulver rauf



(19.04.20) Die FREIEN BAUERN haben eindringlich an Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner appelliert, auf die von ihr angestrebte staatliche Bezuschussung der privaten Lagerhaltung zu verzichten. „Alles, selbst Nichtstun, wäre besser, als den Molkereien jetzt mit Steuermitteln den Aufbau von Milchpulverbeständen zu finanzieren, die den Milchpreis über Jahre unten halten“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Es ist keine verantwortliche Politik, wenn das Großkapital von der Corona-Krise profitiert und die vielen fleißigen Milchbauern, die unsere Bevölkerung versorgen, die Folgen der Marktstörung alleine tragen müssen.“

Bereits vor zehn Tagen hatten die FREIEN BAUERN die Ministerin gebeten, sich für eine Reduzierung der Milchproduktion einzusetzen und dafür einen verpflichtenden zehnjährigen Abschlag gegenüber dem Vorjahresmonat auf europäischer Ebene vorgeschlagen. Inzwischen haben sich auch LSV, BDM und AbL mit unterschiedlichen Konzepten für eine solche Reduzierung ausgesprochen, allein der Deutsche Bauernverband setzt auf Förderung der privaten Lagerhaltung, berichtet Guhl. „Frau Klöckner wäre schlecht beraten, wenn sie nach den großen Treckerdemonstrationen dieses Winters immer noch auf einen Verband hört, der keinen Rückhalt mehr im Berufsstand hat“ sagte der 54-jährige Milcherzeuger aus Vorderhagen in Mecklenburg-Vorpommern und verweist auf eine Online-Befragung von agrarheute.com, bei der sich nur 4 Prozent der Teilnehmer für die private Lagerhaltung ausgesprochen hatten.

Die FREIEN BAUERN betonen, dass sie nicht gegen eine Aufstockung der zivilen Notfallreserve für Milchpulver sind. Guhl: „Jeder hat in diesen Tagen gemerkt, dass es besser ist, Vorräte zu haben. Aber wir brauchen vor allem eine funktionierende Landwirtschaft, und die gefährdet unsere Landwirtschaftsministerin gerade mit ihrem unsinnigen und ungerechten Vorhaben.“

FREIE BAUERN zweifeln an Corona-Maßnahmen: Politiker müssen Gefahren abwägen

(13.04.20) Die FREIEN BAUERN, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland, haben ein zügiges Ende der durch die Corona-Krise verursachten Einschränkungen gefordert. „Angesichts der tatsächlichen Entwicklung zweifeln wir an der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen“, sagte Politikreferent Reinhard Jung, Landwirt aus Lennewitz in Brandenburg. Ausdrücklich stellte sich Jung damit hinter die Kritik der brandenburgischen Verfassungsrichterin Juli Zeh und der brandenburgischen Bundestagsabgeordneten Saskia Ludwig, die in Zeitungsinterviews eine offene Debatte über Wirksamkeit

und Folgeschäden des so genannten Lockdown verlangt hatten: „Wir Bauern ernähren unser Land in der Krise, aber unser Land ist eine freiheitliche Demokratie, und das soll auch so bleiben.“

Insbesondere kritisieren die FREIEN BAUERN die Notstandsvollmachten der Bundesregierung, die fristlose Aussetzung zahlreicher grundgesetzlich garantierter bürgerlicher Freiheiten sowie die Stilllegung weiterer Teile der Wirtschaft. Jung: „Wir befinden uns nicht im Krieg, sondern in einer Situation, in der verantwortlich denkende und handelnde Politiker abwägen müssen zwischen den Gefahren des Virus und den Gefahren, die unserer Gesellschaft durch Vereinsamung und Verarmung, Existenzvernichtung im Mittelstand, Gesinnungsmonopol und Denunziantentum entstehen. Diese Abwägung können ihnen keine noch so schlaunen Experten abnehmen.“

Dass Landwirtschaft als „systemrelevant“ eingestuft wurde, sieht Jung als eine der wenigen ermutigenden Auswirkungen der Krise und betont, dass die FREIEN BAUERN als Gesprächspartner für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik zur Verfügung stehen: „Dass die Freihandelsabkommen Ceta und Mercosur nach dieser existenziellen Erfahrung noch vom Bundestag ratifiziert werden, halte ich für ausgeschlossen.“ Statt dessen sollte im Interesse der Versorgungssicherheit darüber diskutiert werden, wie die Importe von Eiweißfuttermitteln zurückgefahren und die inländische Erzeugung von Obst und Gemüse erhöht werden kann, so Jung.



Ebenfalls Corona zum Opfer gefallen ist die Gedenkveranstaltung, die wir zum 60. Jahrestag der Zwangskollektivierung am vor zehn Jahren eingeweihten Denkmal des Bauernbundes in Kyritz durchführen wollten. Der dafür eingeplante Historiker, der über kommunistische Funktionäre im Bauernverband der Nachwendezeit forscht, soll seinen Vortrag nun auf dem Herbsttreffen in Brandenburg halten. Und natürlich haben wir den Anlass für eine Pressemitteilung genutzt und unserer Forderung nach Kappung der Agrarsubventionen im Kontakt mit Politikern Ausdruck verliehen. Das Thema stand im Mittelpunkt eines Telefonats von Alfons Wolff und Reinhard Jung mit Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner. Unsere konstruktiven Vorschläge haben wir in einem Schreiben an den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium Uwe Feiler zusammengefasst.

FREIE BAUERN zum Jahrestag der Zwangskollektivierung: Wir brauchen die Obergrenze bei den Direktzahlungen jetzt

(25.04.20) Die FREIEN BAUERN haben an den Abschluss der Zwangskollektivierung in der DDR vor sechzig Jahren erinnert und von der Bundesregierung ein klares Bekenntnis zum bäuerlichen Familienbetrieb als der ökonomisch und ökologisch überlegenen Agrarstruktur verlangt. „Die ostdeutschen Großbetriebe sind 1960 durch Terror entstanden, wurden 1990 von alten Seilschaften in die neue Zeit gerettet und werden jetzt einer nach dem anderen an das Großkapital verschachert“, beschreibt Marco Hintze, Landessprecher der FREIEN BAUERN Brandenburg (Bauernbund Brandenburg) die Entwicklung:

„Für unsere Dörfer ist das eine Katastrophe, wenn die Landwirtschaft fremden Leuten gehört. Wir brauchen endlich eine Politik für Bauernhöfe statt Agrarkonzerne.“

Konkret fordert Hintze eine Obergrenze bei den EU-Direktzahlungen und eine Bindung daran, dass sich die Betriebe im Eigentum von ortsansässigen Landwirten befinden. „Der EU-Agrarhaushalt soll dieses Jahr für die nächsten sieben Jahre neu verteilt werden – jetzt hätte die Bundesregierung die Möglichkeit, den Ausverkauf der Landwirtschaft zu bremsen und unsere bäuerlichen Familienbetriebe zu stärken“, so der 48jährige Ackerbauer und Mutterkuhhalter aus Krielow im Havelland: „Der Bauernbund Brandenburg hat hierzu einfache, wirksame und rechtssichere Vorschläge unterbreitet, die wir als deutschlandweite Interessenvertretung FREIE BAUERN intensiv weiterverfolgen.“ Die Bundesregierung ignoriere die ostdeutschen Probleme allerdings seit Jahren und sperre sich gegen jede Veränderung, bemängelt Hintze: „Sechzig Jahre nach dem Gewaltakt wird immer noch von gewachsenen Strukturen gesprochen, die angeblich besonders wettbewerbsfähig seien und auf die man Rücksicht nehmen müsse.“

Hintergrund: Von Mitte Januar bis zum 25. April 1960 zwang die kommunistische Diktatur die etwa 400.000 bis dahin selbständigen Bauern in Ostdeutschland mit brutaler Gewalt und Psychoterror, ihr Eigentum in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften einzubringen. Zahlreiche Landwirte entzogen sich der Kollektivierung durch Selbstmord oder Flucht in den Westen. Nach 1990 erreichte der Bauernverband als Rechtsnachfolger der sozialistischen Massenorganisation VDGB, dass die Politik die großen Genossenschaften auf vielen Gebieten (Vermögensauseinandersetzung, Altschulden, Treuhand-Flächen) begünstigte. Trotz dieser massiven politischen Benachteiligung in der Nachwendezeit werden heute rund 40 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Ostdeutschland von bäuerlichen Familienbetrieben bewirtschaftet. Weil unsere Bauernhöfe einfach besser sind.

Aus unserem Schreiben an Staatssekretär Uwe Feiler: Klare agrarstrukturelle Aussage zugunsten vieler bäuerlicher Betriebe in der GAP

(11.05.20) Nach wie vor sind wir der Überzeugung, dass die GAP eines der wenigen bedeutsamen agrarpolitischen Gebiete ist, wo Ihre Ministerin noch eine Chance hat, Sympathien in der ländlichen Bevölkerung zurückzugewinnen – durch eine klare agrarstrukturelle Aussage zugunsten vieler bäuerlicher Betriebe und einer breiten Streuung des Eigentums. Deshalb fasse ich hier unsere inzwischen weiter ausgearbeiteten Überlegungen zusammen:

Von der EU-Kommission vorgeschlagen wurde eine Kappung der Direktzahlungen bei etwa 400 ha. Dieser Vorschlag sollte nach unserer Auffassung unter Berücksichtigung der ostdeutschen Strukturen wie folgt optimiert werden:

- 1.) Zusätzlich zur Kappung der Direktzahlungen pro Betrieb brauchen wir eine Koppelung der Direktzahlungen an die Bedingung, dass die Eigentümer der Betriebe ortsansässige Landwirte sind.
- 2.) Die durch Kappung und Koppelung einbehaltenen Mittel müssen im Bundesland verbleiben und können etwa zur Aufstockung in der 2. Säule verwendet werden (Agrarumweltmaßnahmen, ländlicher Raum).
- 3.) Eine Begünstigung der bodenständigen Großbetriebe sollte nicht durch Anrechnung der Arbeitskräfte erfolgen, sondern durch Verzicht auf eine Stichtagsregelung, so dass die Betriebe sich jederzeit im Hinblick auf Betriebsgröße und Ortsansässigkeit der Eigentümer anpassen können.

- 4.) Ein möglicher Missbrauch des Verzichts auf die Stichtagsregelung kann unbürokratisch und rechtsicher dadurch ausgeschlossen werden, dass am Ende des Agrarantrags die Antragsteller unterschreiben müssen, dass sie nicht an weiteren antragstellenden Betrieben beteiligt sind und ihren Hauptwohnsitz in nicht mehr als 10 km Entfernung zum Betriebsitz haben.
- 5.) Aus unserer Sicht nicht notwendig, aber im Hinblick auf eine mögliche Kompromissfindung vielleicht hilfreich ist der Gedanke, dass die agrarstrukturelle Aussage nicht nur durch die bisher durch Ihre Ministerin kategorisch abgelehnte Kappung erfolgen kann, sondern genauso gut durch eine entsprechende Ausgestaltung der Förderung der ersten Hektare. Dann aber müssten die ersten 400 Hektare mindestens das Doppelte an Direktzahlungen bekommen wie die darauf folgenden Hektare. Mit der bisherigen „Gänseblümchen-Förderung“ der ersten 30 Hektare jedenfalls ist es nicht getan.

Da der Vorschlag der EU-Kommission auch eine Anrechnung der Arbeitskräfte auf die Kappung der Direktzahlungen vorsieht, möchte ich etwas ausführlicher darauf eingehen, weshalb wir diese sehr kritisch sehen. Eine wie auch immer geartete Anrechnung würde größere bäuerliche Familienbetriebe massiv gegenüber Agrargenossenschaften benachteiligen. Bei Einzelunternehmen und GbR fallen die als Selbständige arbeitenden Eigentümer und ihre mithelfenden Familienangehörigen aus der Anrechnung raus, bei juristischen Personen würden die in der Regel als Geschäftsführer oder Leitungskader angestellten Eigentümer nicht nur voll angerechnet, sondern könnten sich sogar durch Anhebung ihrer Gehälter zusätzlich Luft verschaffen. Eine entsprechende Regelung wäre immer mit hohem bürokratischen Aufwand verbunden und würde deshalb vor allem diejenigen Betriebe begünstigen, die ohnehin Büroarbeitskräfte beschäftigen und die ihren landwirtschaftlichen Mitarbeiterstamm pro forma aufstocken können – etwa indem sie Mitarbeiter aus verbundenen Betrieben (z. B. Hofladen, Schlachthaus, Landwirtschaftliche Lohnarbeiten, Kommundienstleistungen usw.) ummelden oder bislang extern vergebene Leistungen (z. B. Landmaschinenreparaturen, Gebäudeunterhaltung) in den Landwirtschaftsbetrieb integrieren. Während unser Vorschlag unkompliziert den bodenständigen Großbetrieben eine Möglichkeit der Anpassung eröffnet, entstünde auf diese Weise ein bürokratisches Ungeheuer, aus der Kappung würde ein zahnloser Papiertiger.

Immer wieder angezweifelt wird zudem die europarechtliche Durchsetzbarkeit unserer Forderung nach Ortsansässigkeit, daher auch dazu noch ein paar Worte: Das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) von 1994 regelte den vergünstigten Flächenerwerb nicht nur für Alteigentümer, sondern auch für Landwirtschaftsbetriebe, die Flächen gepachtet hatten und deren Eigentümer ortsansässig waren (bei juristischen Personen mussten 75 Prozent der Anteile von ortsansässigen Eigentümern gehalten werden). Diese Begünstigung wurde damals als unzulässige Beihilfe angegriffen, hat aber juristisch gehalten. Entscheidend ist eine gute politische Begründung: Für eine ökonomisch leistungsfähige und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft ist – anders als bei industriellen Fertigungsprozessen – die unmittelbare Auseinandersetzung des Eigentümers mit den jeweiligen natürlichen Bedingungen vor Ort erforderlich. Für einen lebendigen und wirtschaftlich starken ländlichen Raum ist – aufgrund der Strukturschwäche landwirtschaftlich geprägter Regionen – eine von ortsansässigen Eigentümern getragene Landwirtschaft vorteilhaft, weil nur dadurch die Wertschöpfung in der Region verbleibt und gesellschaftliches Engagement zugunsten der Region ausgelöst wird. In der Begründung kann auch auf die alarmierenden Zahlen der Thünen-Studie verwiesen und auf die vielfältigen Bemühungen zur Regulierung des Bodenmarktes abgehoben werden, denen ja ein breiter politischer Konsens pro Ortsansässigkeit zugrunde liegt.

Gruß aus Lennewitz und bis hoffentlich bald! Ihr Reinhard Jung

Auf jedem ordentlichen Landwirtschaftsbetrieb finden sich weitaus mehr Biotope für Insekten als da, wo die „Insektenschützer“ wohnen, und doch müssen wir uns ernsthaft mit den Kampagnen von Nabu & Co auseinandersetzen, die unsere Betriebe pauschal in Haftung nehmen, um entweder die Bienen zu retten oder die Insekten oder die ganze Biodiversität auf einmal. Dabei ist es manchmal eine Gratwanderung, einerseits mitzuspielen bei einem Dialog, dessen Sinnhaftigkeit sich nicht immer erschließt, andererseits als bäuerliche Interessenvertretung glaubwürdig zu bleiben. Keiner soll sagen, dass es nicht auch bei uns noch etwas zu verbessern gäbe im Hinblick auf Naturschutz und Artenvielfalt. Aber wir müssen uns auch nicht vorführen und erst recht nicht zwingen lassen von dieser satten, selbstgerechten völlig überdrehten Spaß- und Konsumgesellschaft.



FREIE BAUERN erstaunt über Insekten an der Windschutzscheibe

(15.05.20) Die FREIEN BAUERN, haben auf das Phänomen hingewiesen, dass im Frühjahr 2020 deutlich mehr Insekten auf den Windschutzscheiben der Kraftfahrzeuge gefunden wurden als in den Jahren zuvor. „Das ist schon auffällig, dass genau in den Monaten des so genannten Lockdown die alltäglich sichtbare Insektenpopulation nach oben schnell“, findet FREIE-BAUERN-Bundessprecher Alfons Wolff, Ackerbauer aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt, der in den vergangenen Monaten viel mit dem Auto unterwegs war, um Kontakte in den Regionen zu knüpfen.

„Kein Vergleich zu 2018 und 2019“ bestätigt Martin Härdl, der einen Marktfruchtbetrieb in der bayerischen Donauebene und einen in Thüringen bewirtschaftet und deshalb oft auf der Straße unterwegs ist. „So viele Insekten hatte ich noch nie auf der Windschutzscheibe“, ist auch Eike Bruns aufgefallen, der mehrmals wöchentlich zwischen seinem Putenmastbetrieb bei Oldenburg und seinem Milchviehbetrieb in der Wesermarsch pendelt. Bruns verweist darauf, dass die Zahl der Kraftfahrzeuge sich in den vergangenen dreißig Jahren um 63 Prozent erhöht hat, während die landwirtschaftliche Nutzfläche in demselben Zeitraum um 3 Prozent gesunken ist und insgesamt extensiver bewirtschaftet wird.

Die Rückkehr der Insekten bei leeren Straßen stimmt die FREIEN BAUERN nachdenklich angesichts der in vielen Bundesländern laufenden Volksinitiativen für Insektenschutz, die fast durchweg auf Einschränkungen der Landwirtschaft abzielen. „Solche Beobachtungen ersetzen natürlich nicht die saubere wissenschaftliche Analyse, aber sie werfen ein Schlaglicht auf die einseitige Propaganda der so genannten Naturschutzverbände“, moniert Wolff. Natürlich wirke sich auch die aktuelle Landbewirtschaftung auf die Insektenpopulation aus, räumt der 59jährige Landwirt ein: „Durch teilweise überzogene Umweltauflagen ist die Lagerung und Ausbringung von organischem Dünger immer sauberer geworden, damit fehlt einigen Insekten sicher das Nährstoffangebot. All dies und vor allem der Beitrag von immer mehr Autos, Straßen, Wohn- und Gewerbegebieten muss ergebnisoffen diskutiert und gründlich erforscht werden.“

FREIE BAUERN hinterfragen Wirksamkeit von Insektenschutzprogramm

(02.06.20) Die FREIEN BAUERN Brandenburg (Bauernbund Brandenburg) haben Zweifel an der Wirksamkeit des von der Landesregierung geplanten Insektenschutzprogramms geäußert. „Wir haben nie behauptet, dass Landwirtschaft überhaupt keinen Einfluss auf die Lebensbedingungen von Insekten hätte“, heißt es in einem Schreiben von Landessprecher Marco Hintze an den brandenburgischen Agrarminister Axel Vogel. Dass der vorgelegte Maßnahmenkatalog nun aber ganz überwiegend auf die Landwirtschaft abzielt, halten die FREIEN BAUERN für erstaunlich. Hintze: „Verglichen mit der dramatischen Zunahme von Bebauung, Verkehr und Elektrostrahlung in den vergangenen Jahrzehnten sind die Veränderungen in der Landwirtschaft absolut unbedeutend.“

Angesichts der vorgeschlagenen Maßnahmen befürchtet der 48jährige Mutterkuhhalter aus Krielow im Havelland, dass die Landwirtschaft als „Spielwiese für eine Alibi-Veranstaltung“ erhalten muss und verlangt vom Minister deshalb die Zusicherung, dass alle Bestandteile des Insektenschutzprogramms freiwillig sind. Aus dem umfangreichen Maßnahmenkatalog wollen die FREIEN BAUERN lediglich die Neuanlage von Hecken, Baumreihen, Ufer- und Feldgehölzen vorbehaltlos unterstützen. Hintze: „Hier gibt es nach wie vor einen großen Bedarf in Brandenburg und eine hohe Akzeptanz unter den Berufskollegen.“ Hecken würden die Agrarlandschaft besser strukturieren und nicht nur dem Insektenschutz dienen, sondern auch Artenvielfalt und Lebensqualität allgemein erhöhen.

Hintergrund: Der Bauernbund Brandenburg hatte im März 2019 mit Zahlen des Amtes für Statistik nachgewiesen, dass die in Brandenburg betriebene Landwirtschaft nicht für den vom Nabu proklamierten Rückgang der Fluginsekten um mehr als 70 Prozent in den vergangenen 25 Jahren verantwortlich sein kann. Diese Zahlen wurden nie widerlegt, gleichwohl setzt der Nabu seine Hetze gegen die Landwirtschaft fort und beeinflusst damit offensichtlich immer wieder die Politik.

Von der kritischen Mitarbeit am Niedersächsischen Weg ...

In Niedersachsen beteiligen sich nach anfänglichem Zögern unsere Mitglieder an den Verhandlungen für die Ausarbeitung des von Umweltminister Olaf Lies proklamierten Niedersächsischen Weges, der einen Ausgleich zwischen Naturschutz und Landnutzung erzielen soll. In einer Rundmail an die Mitglieder von LSV Ostfriesland fragte Fokko Schumann: „Was ist unseren Betrieben zumutbar, was nicht? Was bringt etwas für den Artenschutz, was nicht? Und vor allem: Was ist über Auflagen zu regeln und was über Förderprogramme – und welche Bedingungen sind an die Förderprogramme zu knüpfen, damit sie von unseren Betrieben in Anspruch genommen werden?“ Mit ihrer konstruktiven Herangehensweise wollen die FREIEN BAUERN Niedersachsen verhindern, dass der Nabu mit seiner Volksinitiative die Deutungshoheit über das Thema erlangt und am Ende Zwangsmaßnahmen gegen Landwirte per Gesetz durchdrückt.

... bis zum Protest gegen Biodiversitätsstärkungsgesetz Baden-Württemberg

„Die vorgesehenen Einschränkungen und Verbote entbehren jeder fachlichen Grundlage und werden von uns abgelehnt“ schreibt Thomas Frenk von den FREIEN BAUERN Baden-Württemberg in einer Stellungnahme zum Entwurf des Biodiversitätsstärkungsgesetzes an Landwirtschaftsminister Peter Hauck. Statt die Landwirtschaft zu reglementieren, sollte der Flächenverbrauch im boomenden Musterlände ab 2025 auf netto Null abgesenkt werden. Nur damit lasse sich ein Absinken der Insektenpopulation bekämpfen.

FREIE BAUERN: Widerstand gegen die Düngeverordnung 2020 geht weiter



Luftige Corona-Atmosphäre: Im Landtag Brandenburg hatte Reinhard Jung (links im Bild) Gelegenheit, unsere Position zur Düngeverordnung 2020 samt Umsetzungsverfahren deutlich zu machen. Spannend, dass auch alle anderen Agrarier (ein Vertreter der Ökoverbände, ein Geschäftsführer einer Agrargenossenschaft und ein Vertreter von LSV) die Düngeverordnung als fachlich unsinnig bezeichneten und nur zwei Professoren warme Worte für das Regelwerk fanden ...

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin der Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg (Landesgruppe der FREIEN BAUERN) und ich bewirtschafte einen Landwirtschaftsbetrieb mit Mutterkuhhaltung und Rindermast im ökologischen Landbau. In beiden Funktionen haben Sie Fragen an mich gerichtet, betreffend die Düngeverordnung.

Ich fange mal an mit meinem Landwirtschaftsbetrieb. Dieser liegt in einer zu 95 % konventionell bewirtschafteten Umgebung und in zwei Kilometern Entfernung zum Wasserwerk Quitzöbel des Westprignitzer Trinkwasser- und Abwasserzweckverbandes. Bei der letzten Untersuchung hatte unser Trinkwasser einen Nitratwert von 2,75 Miligramm pro Liter – der Grenzwert liegt bei 50 Miligramm. Ich halte meine Tiere im Sommer auf der Weide und im Winter im Stall. Meinen Festmist lasse ich im Winter auf dem Grünland ausbringen. Das geht nur bei Frost, weil nur dann die weichen Böden in der Niederung ohne Bodenstrukturschäden befahrbar sind. Das mache ich immer so, das machen Bauern in Deutschland seit 200 Jahren so, ohne dass es dem Grundwasser geschadet hätte. Trotzdem wurde mir mit der Düngeverordnung 2017 die Ausbringung von Festmist zwischen 15. Dezember und 15. Januar verboten. Mit der Düngeverordnung 2020 wurde nicht nur die Sperrfrist erweitert auf den Zeitraum zwischen 1. Dezember und 15. Januar, sondern mir wurde die Ausbringung auf gefrorenem Boden grundsätzlich untersagt. Das bedeutet, dass es für mich keine Möglichkeit mehr gibt, den Festmist auszubringen ohne entweder den Boden kaputt zu fahren oder das Futter zu verschmutzen. Lieber Herr Minister Vogel, es liegt schon ein bisschen zurück, dass Sie das letzte mal in Lennewitz zu Besuch waren. Ich lade Sie hiermit herzlich zu einem erneuten Besuch ein und bitte darum, mir zu erklären, wie ich künftig meinen Festmist ausbringen soll ohne gegen eine Verordnung zu verstoßen, der Sie und das Land Brandenburg – für mich unerklärlicherweise – im Bundesrat zugestimmt haben.

Von der Praxis zur Politik: Bereits die Düngeverordnung 2017 hat sich in vielen Einzelpunkten als falsch und in der Sache unangemessen erwiesen: Die schlagbezogene Düngebedarfsermittlung ist mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand verbunden. Die rigiden Sperrfristen engen auf unzumutbare Weise die je nach Witterungsverlauf erforderlichen zeitlichen Spielräume ein. Die erweiterten Lagerkapazitäten belasten die Betriebe mit enormen Investitionen, die übertriebenen Vorgaben für schnelle Einarbeitung überfordern die Schlagkraft vor allem vieler kleinerer Betriebe. Im Ergebnis handelt es sich um ein gigantisches Förderprogramm für die Beton- und Landtechnikhersteller, das wir Bauern bezahlen müssen. Die

Düngeverordnung 2020 setzt noch einen oben drauf, indem sie die Produktion nicht nur verteuert, sondern auch noch eine Senkung der Erträge erzwingt. Wenn in 30 Prozent von Deutschland 20 Prozent weniger gedüngt werden darf, ergibt das, Justus von Liebig mit eingerechnet, rund 3 Prozent weniger Ernte und da die Menschen in Deutschland absehbar nicht 3 Prozent weniger essen werden, schaffen wir mit dieser Verordnung letztlich Platz für die Produktionskapazitäten, die gerade am Amazonas durch Brandrodung entstehen – das passt zu Mercosur und CETA und einem reichen Land, das sich überall auf der Welt die Dinge kaufen kann, die es zum leben und überleben braucht, dessen letzte Erfahrung mit Mangel ziemlich genau 75 Jahre zurückliegt, wenn man von der aktuellen Klopapier-Corona-Hysterie absieht.

Sehr geehrte Damen und Herren, vielleicht ist es hilfreich, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, das Nitrat kein „Gift“ ist, sondern ein Nährstoff, ohne den Pflanzen nicht wachsen. Dann könnte man zum Beispiel fragen, warum man sich in einem Bundesland mit einem Viehbesatz von rund 0,3 GV pro Hektar überhaupt mit so etwas wie einer Düngeverordnung herumschlagen muss. (...) Man könnte sogar noch einen Schritt weitergehen und die Frage stellen, warum man einem selbständigen ortsansässigen ausgebildeten Landwirt mit Flächen im Umkreis von zehn Kilometern und Tierhaltung unterhalb aller Grenzwerte überhaupt vorschreiben muss, wann, wo und wie er zu düngen hat. Für Fahrradfahrer gibt es doch auch keine Abgasuntersuchung ...

Lieber Herr Vogel, ich weiß ja, was Sie auf solche Auslassungen von mir gerne antworten: „Lieber Herr Jung, so funktioniert Politik nicht.“ Na gut, vielleicht haben Sie sogar recht, aber dann sollten wir definitiv noch einen Blick darauf werfen, wie Politik im Fall der Düngeverordnung funktioniert hat, weil wir daraus möglicherweise wertvolle Hinweise gewinnen können, wie wir künftig mit diesem Konstrukt umgehen.

Am Anfang stand die EU-Nitratrichtlinie von 1991. Diese zielt auf eine Verringerung von Gewässerbelastungen aus Stickstoffverbindungen und verpflichtet die Mitgliedstaaten, gefährdete Gebiete zu ermitteln und auszuweisen, für diese Gebiete Aktionsprogramme festzulegen, die über die gute fachliche Praxis der Landwirtschaft hinaus reichen, und diese alle vier Jahre nach Brüssel zu melden. Ausnahmsweise können die Aktionsprogramme auch für das gesamte Staatsgebiet festgelegt werden. Folgendermaßen hat Deutschland die Nitratrichtlinie umgesetzt:

1. Die Ausnahme wurde zur Regel erklärt und mit der ersten Düngeverordnung 1996 ein Aktionsprogramm für das gesamte Staatsgebiet beschlossen. Das macht natürlich nur Sinn, wenn entweder das gesamte Staatsgebiet belastet ist oder wenn man die Zeit bis zur Ermittlung von tatsächlich gefährdeten Gebieten überbrücken will.
2. Da aber beides nicht der Fall war und die Anforderungen der Düngeverordnung zunächst kaum über die ohnehin von allen Landwirten verlangte gute fachliche Praxis hinaus reichten, konnte dieses Modell keinen Bestand haben, zumal – und das haben wir nie bestritten – es einige Regionen und in diesen Regionen einige Betriebe gibt, von deren Wirtschaftsweise tatsächlich Gewässerbelastungen ausgehen.
3. Um die EU-Kommission zu beruhigen, wurde die für die Landwirtschaft zunächst noch akzeptable Düngeverordnung also immer weiter verschärft, erstmals 2006 und dann 2017. Da diese Verschärfungen nach wie vor das gesamte Staatsgebiet betrafen, kamen Zweifel auf bei den mehr als 90 Prozent der Landwirte, von deren Wirtschaftsweise überhaupt keine Gewässerbelastungen ausgehen konnte.
4. Die Kritik konzentrierte sich auf die nach Brüssel gemeldeten Grundwassermessstellen. Bereits bei Veröffentlichung des Nitratberichts 2016, als der Deutsche Bauernverband noch tief und fest schlief und nicht zu denken war an eine Whatsapp-Treckerbewegung, stellte der Bauernbund Brandenburg

in einem Schreiben an die Bundesregierung die Notwendigkeit einer Verschärfung der Düngeverordnung in Frage: „Warum muss ich einen Berufsstand, der fast flächendeckend alles richtig macht, mit zusätzlichen Auflagen, die ihn sehr viel Geld kosten, zu einer Veränderung seiner Wirtschaftsweise zwingen, die keine Auswirkung auf das Grundwasser haben wird?“

5. Immer deutlicher stellte sich heraus, dass die mit dem Nitratbericht 2016 nach Brüssel gemeldeten Grundwassermessstellen durch das Umweltbundesamt manipuliert wurden. Weder hat Deutschland ausreichend Brunnen gemeldet (fast alle EU-Staaten haben eine deutlich höhere Untersuchungs-dichte, das benachbarte Österreich etwa wertet zehnmal so viele Brunnen pro Flächeneinheit aus) noch gibt es eine transparente wissenschaftlich begründete Methodik, nach der die wenigen gemeldeten Brunnen zusammengestellt wurden (definitiv wurde das bisherige reine Belastungsmessnetz komplett übernommen und wahrscheinlich so lange mit zusätzlichen Brunnen „verdünnt“, bis die Ergebnisse etwas realistischer, aber immer noch erschreckend genug waren, um die gewünschte Verschärfung der Düngeverordnung zu begründen). Lieber Herr Vogel, wenn sogar der tiefdunkelgrüne Agraraktivist Eckehard Niemann (AbL, Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltung) formuliert „Der EU wurde so fälschlich gemeldet, dass es in weiten Teilen Deutschlands verheerende Nitrat-Gefährdungen des Grundwassers gäbe“, dann hätte spätestens das Ihnen Anlass geben müssen, gängige Klischees in Frage zu stellen und politische Konsequenzen zu ziehen. Hat es aber leider nicht.
6. Damit kommen wir zur Düngeverordnung 2020, die die Bundesregierung auf Druck einer besorgten EU-Kommission beschlossen hat, der ja bis heute keine andere Datengrundlage zur Verfügung steht als die manipulierten Zahlen des Bundesumweltamtes aus dem Nitratbericht 2016. Und plötzlich haben wir die in der EU-Nitratrichtlinie geforderten gefährdeten Gebiete, aber die Auflagen in diesen so genannten „roten Gebieten“ kommen noch auf die ganzen für mehr als 90 Prozent der Landwirte völlig überflüssigen Auflagen der Düngeverordnung 2017 oben drauf. Von der guten fachlichen Praxis der Landwirtschaft, nach EU-Nitratrichtlinie der Regelfall, ist längst keine Rede mehr.

Sehr geehrte Damen und Herren, und nach diesem Lehrstück an Politikversagen, dem das Land Brandenburg im Bundesrat seinen Segen erteilt hat, möchten Sie von mir hören, wie wir mit den – glücklicherweise wenigen – roten Gebieten in Brandenburg umgehen sollten? Nun, vor diesem Hintergrund gehe ich erst einmal davon aus, dass die Düngeverordnung 2020 in Gänze illegal ist und würde Ihnen deshalb empfehlen, gar keine roten Gebiete ausweisen. Sollten Sie sich davon gegen meine Empfehlung nicht abbringen lassen, kann ich Ihnen nur dringend raten, sich die Brunnen und Messergebnisse, mit denen Sie die Ausweisung begründen, vorher sehr genau anzuschauen. Es gibt überall in Deutschland inzwischen unzählige Klagen von Landwirten gegen rote Gebiete. Kürzlich telefonierte ich mit einem Berufskollegen aus Bayern, der mir berichtete, in seinem roten Gebiet gebe es eine Messstelle, in die Oberflächenwasser aus einer nahe gelegenen Kompostierungsanlage fließt, eine Messstelle in direkter Nachbarschaft zu einer Hausmülldeponie, eine Messstelle unmittelbar neben dem Einlauf einer kommunalen Kläranlage in ein Fließgewässer – und eine Messstelle befindet sich in einem naturgeschützten Erlenwald, die Äcker oberhalb werden seit vielen Jahrzehnten von einem Demeterbetrieb bewirtschaftet. Wenn man weiß, das Erlen Leguminosen sind, ahnt man, dass die Nitratbelastung hier schon seit dem Mittelalter stattfindet ohne uns umzubringen ... Übrigens lässt sich die Herkunft von Nitrat heute mit den Mitteln der Umweltforensik über Begleitstoffe relativ sicher zuordnen, das wäre auch noch ein Tipp, um bei der Ausweisung von roten Gebieten nicht ins offene Messer zu rennen (...)

Wenn die Bundesregierung glaubt, wir Bauern würden nach Verabschiedung der Düngeverordnung zur Tagesordnung übergehen, dann irrt sie. Wenn die Landesregierung glaubt, jetzt mit wohlwollender Geschäftigkeit von ihrem Abstimmungsverhalten im Bundesrat ablenken zu können, dann irrt sie (...)

FREIE BAUERN verlangen 8000 Grundwassermessstellen für Deutschland

(14.06.20) Die FREIEN BAUERN haben an die Bundesregierung appelliert, die für Ende 2020 vorgesehene Verwaltungsvorschrift zur Ausweisung nitratbelasteter Gebiete als Chance für einen wissenschaftlich sauberen Neubeginn zu sehen. „Professionelles Grundwassermonitoring kostet Geld, aber dieses Geld ist gut angelegt, wenn dadurch der wertvolle Rohstoff Wasser gezielt geschützt und zugleich eine ertragreiche Landwirtschaft in unserer natürlich begünstigten Region bewahrt werden kann“, sagte Georg Straller von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Unabhängig davon, ob die umstrittene Düngeverordnung 2020 rechtlichen Bestand haben werde, sei es höchste Zeit für einen ursachenbezogenen Grundwasserschutz, meint der 56jährige Schweinemäster aus dem bayerischen Ipfheim.

Bei der Vorschrift geht es darum, die bisherige illegale Praxis abzulösen, nach der die Bundesländer so genannte „rote Gebiete“ mit erheblichen Einschränkungen für die Landwirtschaft aufgrund von Grundwasserproben ausgewiesen haben, die neben landwirtschaftlichen Einträgen auch Nitrat aus Siedlungen, Kläranlagen, Kanalisation, Berg- und Tagebauen, Rüstungsaltslasten, Deponien und weiteren Quellen enthalten konnten. Für die Verwaltungsvorschrift fordern die FREIEN BAUERN nun eine Verdichtung des Messstellennetzes auf mindestens 8000 Anlagen deutschlandweit, eine regelmäßige technische Prüfung der Messstellen auf ihre Funktionsfähigkeit und eine Untersuchung belasteter Proben auf den Verursacher mit den Methoden moderner Umweltforensik. „Dass erhöhte Nitratwerte bisher pauschal der Landwirtschaft angelastet wurden, hat im Berufsstand zu Recht große Empörung ausgelöst“, argumentiert Straller und erinnert an die großen Treckerdemonstrationen des letzten Jahres: „Wir Bauern wirtschaften so, dass wir unseren Kindern eine saubere Umwelt hinterlassen.“

FREIE BAUERN melden Widerstand gegen erneute Dürrehilfe an

(24.04.20) Die FREIEN BAUERN, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland, haben vor einer erneuten Dürrehilfe gewarnt. „Entsprechende Überlegungen von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner treffen auf unseren entschiedenen Widerstand. Bei der Dürrehilfe 2018 konnten nicht einmal fünf Prozent der betroffenen Landwirte einen Antrag stellen, vom Staat gerettet wurden am Ende vor allem die Vollgasbetriebe, die das Geld gleich an die Banken weiterreichen mussten, während die solide wirtschaftenden Bauern keinen Cent gesehen haben,“ erinnert sich Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Der 48jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen befürchtet eine erneute Wettbewerbsverzerrung innerhalb des Berufsstandes sowie einen schweren Imageschaden für die gesamte Landwirtschaft, sollte die Dürrehilfe von damals wieder aufgelegt werden.

„Bauernmilliarde, Tierwohlsteuer, Dürrehilfe – manche Politiker gefallen sich offenbar darin, mit Geld um sich zu schmeißen, das ihnen nicht gehört“, kritisiert Ehrenberg. Statt staatlicher Hilfsprogramme für wenige wünschen sich die FREIEN BAUERN agrarpolitische Rahmenbedingungen, unter denen die gesamte Landwirtschaft wieder Gewinne machen und Rücklagen bilden kann. Ehrenberg: „Mit Mercosur, Agrarpaket, Düngeverordnung und weiteren sinnlosen Auflagen und Verboten legt uns die Bundesregierung eine Zwangsjacke nach der anderen an und wundert sich, wenn Betriebe in Not geraten.“ Die gerade auf Initiative von Klöckner beschlossene Bezuschussung der privaten Lagerhaltung von Molkereien drücke den Milchpreis auf lange Sicht, beklagt Ehrenberg: „Wer so bauernfeindlich agiert und dann bei Sonnenschein mit dem Geldschein wedelt, kann vielleicht korrupte Funktionäre beeindrucken, aber uns freie Bauern nicht.“

Die „Schlacht um Aachen“, die uns fast ein Jahr lang in Atem gehalten hat, ist vorbei: Mit einem Vergleich, der Kälber und Nachzucht und damit rund ein Drittel der Genetik rettet, endete im Mai das Ringen unserer Mitglieder Lambert, Markus und Anja Giesen um das Leben ihrer mit Rinderherpes infizierten Milchviehherde. Ein Teilerfolg, der für die Familie trotzdem bitter ist, der aber für die politische Arbeit gegen eine völlig abgehoben von der landwirtschaftlichen Praxis agierende Veterinärbürokratie noch von hohem Wert sein kann. Im Verlauf der Auseinandersetzung sind nicht nur die FREIEN BAUERN Nordrhein-Westfalen gewachsen. Der Kompromiss gegen die behördliche Tötungsanordnung wäre nie erzielt worden ohne ein zuverlässig arbeitendes Netzwerk aus Berufskollegen, Rechtsanwälten, Tierärzten, Journalisten und Lokalpolitikern und ohne die vielen Bürgerinnen und Bürger aus der Region, die sich mit uns engagiert haben. Darauf können wir in Zukunft aufbauen.



FREIE BAUERN verurteilen Bauernverbands-Forderung nach Rindertötung

(04.05.20) Die FREIEN BAUERN Nordrhein-Westfalen haben die Forderung der Aachener Kreisbauernschaft nach sofortiger Tötung der in der Städtereion mit Rinderherpes infizierten Milchviehherden als „peinliche Panikmache“ bezeichnet. „Was macht den Herrschaften plötzlich Angst, wenn von den Tieren seit zehn Monaten keine Ansteckungsgefahr für benachbarte Betriebe ausgeht“, fragte Landessprecher Karl-Heinz Krebs: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass viele Berufskollegen diese Ansichten teilen.“

Auch der Siever Landwirt Christoph Kronenberg, der in unmittelbarer Nähe zu einem der betroffenen Betriebe selber Milchkühe hält, kann die Sorgen des Bauernverbandes nicht verstehen: „Wieso soll ich vor den 300 positiven Rindern meines Nachbarn mehr Angst haben als vor den 20.000 positiven Rindern auf der anderen Seite der Grenze? In Belgien wird Rinderherpes kaum bekämpft und hier sollen gesunde Tiere umgebracht werden, nur weil sie den Virus in sich tragen, das ist doch verrückt.“ Besonders erschrocken habe ihn der vom Bauernverband vorgebrachte Hinweis darauf, dass der Landrat von Heinsberg kürzlich die Tötung von neun Rinderbeständen angeordnet hat. Kronenberg: „Wir wollen jedenfalls nicht, dass das Ausradieren von jahrzehntelanger Zuchtarbeit zur Normalität im Grenzgebiet wird!“

Für gewagt hält Hans Bock, Milchviehzüchter aus dem Eifeldorf Raffelsbrand, das Argument des Bauernverbandes, dass ein namhafter Experte des Friedrich-Löffler-Instituts die Tötung der positiven Tiere empfohlen hatte: „Abgesehen davon, dass Einschätzungen von Virologen sich gerade in ganz anderen Dimensionen überall widersprechen, hat der Sachverständige vor Gericht nicht plausibel erklären können, warum eine Kombination aus Quarantäne und Impfung für die gefahrlose Sanierung der Bestände nicht ausreichen soll, nachdem in den Jahrzehnten davor bereits allein die Impfung zum Erfolg geführt hat“. Auch dass Mäster ihre Tiere impfen dürfen, Züchter aber nicht, sei völlig unlogisch, kritisiert Bock und hofft daher, dass es in der zweiten Instanz zu einer Aufklärung der Widersprüche und dann auch zu einem Urteil kommt, nach dem die Tiere weiterleben dürfen.

„Die Forderung der Bauernverbandes ist nicht nur unkollegial, sondern schlichtweg illegal, denn die Städteregion kann eine Tötung nicht einfach durchführen lassen, so lange das Eilverfahren nicht in letzter Instanz entschieden ist“, stellt Krebs für die FREIEN BAUERN fest: „Aber sie passt natürlich zu einem Verband, der überall die Interessen der Landwirtschaft verrät, mit seiner Akzeptanz der Düngeverordnung genauso wie mit seiner Unterstützung für den Aufbau neuer Milchpulverbestände bei den Molkereien. Der Bauernverband vertritt die Interessen der Mächtigen gegen die Bauern, deshalb gibt es jetzt uns.“

Hintergrund: In Aachen klagen zwei Landwirte gegen die bereits vor zehn Monaten behördlich angeordnete Tötung ihrer mit Rinderherpes infizierten, aber nach wie vor klinisch gesunden Milchviehherden. Zahlreiche Bauern und Bürger aus Aachen und Umgebung haben sich mit ihnen solidarisiert (80.000 Unterschriften bei einer Petition, 700 Teilnehmer und 80 Traktoren bei einer Demonstration im Januar). Zur Zeit bemüht sich die Städteregion darum, in Verhandlungen mit den Klägern eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden und damit den Streit zu beenden. In diese Situation hinein hat sich die „Kreisbauernschaft Aachen“ mit ihrem destruktiven Beitrag zu Wort gemeldet.

FREIE BAUERN sehen Teilerfolg: Einigung bei Rindertötung in Aachen

(19.05.20) Die Auseinandersetzung um die behördlich angeordnete Tötung eines kompletten Milchviehbestandes in Aachen-Nütheim ist beendet: Gestern unterzeichnete der Landwirt Lambert Giesen eine Vereinbarung mit der Städteregion Aachen, nach der alle Tiere am Leben bleiben können, die auf Rinderherpes negativ getestet werden. Das seien inzwischen wahrscheinlich rund ein Drittel der Rinder, insbesondere Jungtiere und Kälber, die damit als Nachzucht in die neue Herde hineinwachsen können, teilten die FREIEN BAUERN Nordrhein-Westfalen als Berufsverband der Giesens mit. „Aus berufsständischer Sicht ist das ein beachtlicher Teilerfolg, den wir dem unermüdlichen Widerstand der Familie verdanken“, sagte Karl-Heinz Krebs, Landessprecher der FREIEN BAUERN und selber Rinderhalter in Heinsberg: „Dennoch ist es bitter, sich von den verbleibenden Tieren zu trennen, deshalb bitten wir darum, die Familie in dieser Situation in Ruhe zu lassen und Presseanfragen an uns zu richten.“

Lambert Giesen hatte gegen die Tötungsanordnung geklagt und in erster Instanz verloren, obwohl von seinen nach wie vor gesunden Rindern mehr als zehn Monate keine Ansteckungsgefahr ausging. „Leider fehlte die immer wieder angemahnte politische Unterstützung durch die Landesregierung“, kritisierte Krebs: „Unser von erfahrenen Tierärzten ausgearbeitetes Konzept, wie die gesamte Herde über mehrere Jahre mit Quarantäne und Impfschutz saniert werden kann, wurde nicht einmal diskutiert.“ Dass es nun zu dem ausgehandelten Kompromiss gekommen ist, sei in erster Linie Städteregionsrat Tim Grüttemeier zu verdanken, der sich während der gesamten Auseinandersetzung konstruktiv um eine Lösung bemüht habe, stellte Krebs fest. Die Kosten und Risiken einer Fortsetzung des Klageweges wären gegenüber dem nun erzielten Ergebnis nicht zu rechtfertigen gewesen.

Mit dem Neubeginn in Nütheim ist das Thema für die FREIEN BAUERN allerdings nicht vom Tisch. „Immer wieder treten im Grenzgebiet zu Holland und Belgien Infektionen mit Rinderherpes auf, die Massentötungen können so nicht weitergehen“, fordert Krebs und verweist auf die große öffentliche Unterstützung, die die Bauern beim Kampf um ihre Rinder erfahren haben: „Es ist niemandem zu vermitteln, dass gesunde Tiere nur wegen des Erregers auf der einen Seite der Grenze sterben müssen und auf der anderen Seite weiterleben dürfen.“ Seine Organisation werde deshalb sehr wachsam die Umsetzung der Vereinbarung verfolgen und sich auf politischer Ebene weiterhin für einen angemessenen Umgang mit der Krankheit Rinderherpes einsetzen.



Beim Besuch des brandenburgischen Landwirtschaftsministers Axel Vogel auf dem Sauenhaltungsbetrieb unseres Mitglieds Christine Friedrich in Worin wurde dem Politiker klar, dass Verbesserungen im Haltungssystem nicht kurzfristig und nicht nach starren Schemata erfolgen können. Leider verfolgen die Grünen im Bundesrat beim Thema Nutztierhaltungsverordnung eine destruktive Politik. Wir arbeiten in verschiedenen Bundesländern daran, in der Partei ein Umdenken zugunsten der bäuerlichen Sauenhalter zu erreichen, Ausgang offen.

FREIE BAUERN warnen vor starren Vorgaben in der Sauenhaltung

(11.05.20) Die FREIEN BAUERN haben die Bundesländer aufgefordert, noch Korrekturen am Entwurf für die Novelle der Nutztierhaltungsverordnung vorzunehmen. „Es ist niemandem gedient, wenn wir durch praxisferne Anforderungen in der Sauenhaltung einen großen Teil der Ferkelerzeuger verlieren und immer mehr Ferkel dann aus dem Ausland hierher transportiert werden müssen“, sagte Georg Straller von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Bevor im Bundesrat eine Entscheidung fällt, sollten sich die Agrarminister deshalb bei Ferkelerzeugern informieren, welche technischen Möglichkeiten bestehen und wie diese umgesetzt werden können, wünscht sich der Schweinemäster aus Ipfelheim in Bayern.

„Das Optimum ist die geöffnete Bewegungsbucht mit etwa sechs Quadratmetern“, weiß Straller von seinem Schwager, von dem er die Ferkel bezieht. Noch größere Buchten würden der Sau zwar mehr Bewegungsfreiheit bieten, den Ferkeln aber weniger Wärme und Nähe zum Muttertier, so dass vor allem kleine Ferkel verenden. Auch wenn die Sau fixiert wird, sollte nach Strallers Auffassung durch den Bauern flexibel entschieden werden: „Der Zeitpunkt der Geburt lässt sich nicht auf den Tag genau vorher sagen und das Schlimmste wäre, wenn die Sau während der Geburt unter Stress fixiert werden müsste.“ Im Abferkelstall oder auch im Deckzentrum mit starren Vorgaben und der Androhung von Ordnungsstrafen zu arbeiten, wie im Entwurf vorgesehen, gehe an der Tatsache vorbei, dass es sich beim Schwein um ein natürliches Lebewesen handelt.

Für akzeptabel halten die FREIEN BAUERN dagegen die im Entwurf vorgesehene Übergangsfrist von 15 Jahren. „Diese Zeitspanne ist aber auch nötig, damit die Betriebe die Investitionen bewältigen können“, argumentiert Straller: „Die Bewegungsbuchten verlangen mehr Platz – und das kostet Geld. Wenn die kleineren Betriebe zu einem kurzfristigen Umbau gezwungen würden, werden viele von ihnen aufgeben.“

Kommentar: Renate Künast im Strudel der Pandemien

Der uns beratende Rechtsanwalt Stephan Stiletto aus Köln nimmt Stellung zur Aussage der ehemaligen grünen Landwirtschaftsministerin Renate Künast in der Bundestagsdebatte vom 29. Mai 2020:

Der Grund für die Pandemie sei „die falsche Art und Weise, wie wir unsere Nahrungsmittel produzieren, Landwirtschaft betreiben und mit der Umwelt umgehen“, behauptet die Bundestagsabgeordnete Künast. Dass die Grünen die Corona-Pandemie zu ihren Zwecken politisch nutzen, beispielsweise dringend erforderliche Rettungsmaßnahmen für deutsche Unternehmen von ökologisch motivierten Auflagen abhängig machen wollen, ist bekannt und vor dem Hintergrund ihrer ideologischen Ausrichtung vielleicht

sogar verständlich. Unerträglich ist aber, wenn Frau Künast mit oben genannter Aussage den Boden der Tatsachen verlässt und die Landwirtschaft pauschal einmal mehr in ungerechtfertigter Weise zum Sündenbock für alles macht. Ähnliches geschah seitens derselben Dame bereits im Zusammenhang mit der als Rinderwahnsinn bekannt gewordenen Krankheit, die – wie sich später herausstellte – überhaupt keine übertragbare Seuche war. Damals handelte es sich immerhin um ein im weitesten Sinne landwirtschaftliches Thema, da Rinder nun einmal in der Regel landwirtschaftlich genutzt werden. Am Beispiel ihrer Aussage zur Corona-Pandemie zeigt sich aber, dass der Landwirt heutzutage ohne jeden Realitätsbezug für die Verursachung negativer Ereignisse verantwortlich gemacht wird, bei denen in Wirklichkeit gar kein erkennbarer Zusammenhang zur Landwirtschaft besteht.

FREIE BAUERN fordern Farm-to-Fork-Strategie für Erzeuger und Verbraucher

(24.05.20) Die FREIEN BAUERN, Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland, haben die Farm-to-Fork-Strategie der Europäischen Kommission als „unausgegoren“ zurückgewiesen. „Eine Strategie, die durch ihren Namen suggeriert, eine enge Verbindung zwischen Erzeugung und Verbrauch anzustreben und dabei den Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln ausklammert, ist ein Widerspruch in sich“, bemängelte Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Wenn durch Extensivierung der Landwirtschaft in Europa die Produktion sinkt und die Bevölkerung gleich bleibt, heißt das steigende Einfuhren aus Übersee und damit Intensivierung der Landwirtschaft zum Beispiel in Brasilien oder Indonesien.“

Grundsätzlich sei gegen das von EU-Kommissar Frans Timmermanns am Mittwoch vorgelegte Ziel einer Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln um 50 Prozent und von Düngemitteln um 20 Prozent nichts einzuwenden, stellte der 48jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen klar: „Jeder vernünftige Landwirt versucht, den Aufwand für Dünger und Pflanzenschutz zu senken – das haben wir ganz ohne Strategie auch bisher so gehalten.“ Diese Bemühungen dürften jedoch nicht die in unserer klimatischen Gunstlage möglichen hohen Erträge gefährden, so Ehrenberg: „Blühwiesen hierzulande und Brandrodung des Regenwaldes sind leider zwei Seiten ein- und derselben Medaille.“

Eine ökologisch sinnvolle Farm-to-Fork-Strategie sollte deshalb nach Auffassung der FREIEN BAUERN vor allem auf eine möglichst hohe Selbstversorgung mit Lebensmitteln ausgerichtet sein. „Insbesondere der massenhafte Import von Soja und Palmöl in die EU muss unterbunden werden“, fordert Ehrenberg: „Wenn wir auf unseren Feldern wieder mehr Raps, Sonnenblumen, Ackerbohnen, Futtererbsen und Lupinen anbauen, einfach weil ein Markt dafür da ist, würden sich viele Umwelt- und Überschussprobleme von alleine lösen.“ Großer Nachholbedarf bestehe auch bei der Produktion von Obst- und Gemüse und der Legehennenhaltung, wo Ehrenberg Chancen für viele fleißige studierte Ökologen sieht, die sich eine bessere Landwirtschaft wünschen.

FREIE BAUERN hart in der Sache: Schulze schadet Umwelt- und Naturschutz

(28.05.20) Die FREIEN BAUERN unterstützen die heutigen Bauernproteste in der Sache, aber nicht in der Form. „Umweltministerin Svenja Schulze ist keine dumme Sau, wie es in einem Video der Organisatoren heißt, sondern sie ist Teil einer gewählten Bundesregierung, die unsere heimische Landwirtschaft zugunsten industrieller Exportinteressen systematisch benachteiligt und das Ganze der Bevölkerung als ökologische Leistung verkauft“, sagte Bundessprecher Alfons Wolff, Ackerbauer aus Hohenthurm in

Sachsen-Anhalt: „In dieser Situation setzen wir auf harte inhaltliche Auseinandersetzung.“ Strafanzeigen und Rücktrittsforderungen seien zwar plakativ, würden es der Ministerin aber erlauben, von der Diskussion in der Sache abzulenken.

Nach Auffassung der FREIEN BAUERN wird Schulze den hohen Anforderungen an ihr Amt in zweifacher Hinsicht nicht gerecht. „Umweltschutz ist nicht nur Gänseblümchen zählen, sondern muss auch eine Antwort auf die Frage geben, wie 83 Millionen Einwohner ernährt werden sollen – und zwar aus eigener Kraft, ohne dabei den Rest des Planeten zu plündern“, argumentiert Wolff: „Und Naturschutz ist mehr als die Ausbreitung von Wildnis. Würde man die Natur sich selbst überlassen, hätten wir eine Monostruktur aus Laubwald und Sumpf.“ Die heutige abwechslungsreiche Kulturlandschaft mit ihrer viel beschwoeren Artenvielfalt sei erst durch landwirtschaftliche Nutzung entstanden. Sie könne nur bewahrt werden durch viele selbständige Bauern, die eigenverantwortlich in der Natur wirtschaften.

Eine konstruktive Agrarumweltpolitik müsste deshalb die in Deutschland immer noch weit überwiegenen bäuerlichen Familienbetriebe gegen den zunehmenden Druck durch rein profitorientierte Agrarkonzerne stärken – und sie als Partner im Naturschutz sehen, so Wolff weiter: „Aber davon versteht Frau Schulze offenbar nichts. Sie kann nur Beschimpfungen und Verleumdungen, Auflagen und Verbote.“

FREIE BAUERN halten Distanzierung von Landvolkfahne für unbegründet

(15.06.20) Die FREIEN BAUERN haben mit Erstaunen auf die Diskussion um die schwarze Landvolkfahne von 1928 reagiert. „Wir machen Berufspolitik heute und wir verwenden für unsere Aktionen unser Logo – aber wenn Bauernverband und LSV jetzt meinen, sie müssten sich von der schwarzen Fahne mit Pflug und Schwert distanzieren, so zeigt das mangelnde historische Kenntnisse“, urteilt Reinhard Jung, Landwirt aus Lennewitz in Brandenburg und Politikreferent der FREIEN BAUERN, der während seines Geschichtsstudiums vor dreißig Jahren über das Thema gearbeitet hat: „Das Landvolk war eine bäuerliche Protestbewegung, die sich nicht von den Nationalsozialisten vereinnahmen ließ. Deshalb untersagte die NSDAP Doppelmitgliedschaften und deshalb machten die führenden Köpfe des Landvolks auch keine Karriere im Dritten Reich.“

Die wichtigsten Forderungen des Landvolks von 1928 waren auch aus heutiger Sicht berechtigt, argumentiert Jung: „Die Bauern wollten Umschuldungen, Senkung der Steuerlasten und vor allem wollten sie, dass keine billigen Lebensmittel mehr aus Übersee eingeführt werden.“ Im Rückblick habe die Landvolkbewegung strategische Fehler gemacht, räumt der studierte Historiker und gelernte Landwirt ein: „Aber für den wachsenden Zuspruch der NSDAP auf dem Lande war vor allem die Ignoranz der Reichsregierungen gegenüber den Bauern verantwortlich sowie die falsche Politik der Bauernverbände, die dafür sorgten, dass Staatshilfen vor allem den unwirtschaftlichen Großbetrieben im Osten zugute kamen.“



Wenn heute bei Bauernprotesten in der nordwestdeutschen Küstenregion die schwarze Landvolkfahne gezeigt werde, brauche sich jedenfalls niemand dafür zu schämen.

Und hier kommt für alle Internet-Muffel die Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan, gerne per Post an: FREIE BAUERN, z. Hd. Antje Bree, Mehrower Dorfstraße 17, 16356 Ahrensfelde OT Mehrow.

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort: Unterschrift: